Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 22. Januar 1881. Nr. 36.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung vom 21. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um $1^1/_4$ Uhr.

Am Ministertische: Graf zu Eulenburg mit mehreren Kommissarien.

Tagesordnung:

Das Haus fährt mit der dritten Berathung des Zuständigkeitsgesetzes fort.

Der gestern angenommene Antrag Hänel wird in nochmaliger Abstimmung definitiv angenommen.

Die §§ 17—33 werden ohne wesentliche Debatte genehmigt, nachdem zu § 17 ein Antrag von Liebermann an Stelle des Wortes „Kreisausschüsse" zu setzen: „Landrath als Vorsitzendem des Kreisausschusses", und statt des Wortes „Bezirksräthe" zu setzen „Regierungs-Präsidenten" abgelehnt worden.

Abg. v. Bitter beantragt als § 33a folgenden neuen § einzuschieben: „Beschwerden von Ortsarmenverbänden gegen Verfügungen der Landarmenverbände darüber, ob, in welcher Höhe und in welcher Weise Beihülfen zu gewähren sind, unterliegen der endgültigen Beschlußfassung des Provinzialrathes."

Nachdem der Abg. v. Bitter diesen Antrag begründet, genehmigt das Haus denselben mit großer Majorität.

Die §§ 34—37 genehmigt das Haus ohne Debatte.

Der Absatz des § 38 erhält auf Antrag der Abgg. v. Liebermann und Brüel, für welchen sich auch der Reg.-Komm. Herfurth aussprach, folgende Fassung: „Ueber die Anordnung von Neu- und Reparaturbauten bei Schulen, welche der allgemeinen Schulpflicht dienen, über die öffentlich-rechtliche Verpflichtung zur Aufbringung der Baukosten, sowie über die Vertheilung derselben auf Gemeinden (Gutsbezirke), Schulverbände und dritte, statt derselben oder neben denselben Verpflichtete beschließt, sofern Streit entsteht, die Schulaufsichtsbehörde."

Die §§ 39—45 genehmigt das Haus ohne Diskussion.

§ 46 wird auf Antrag des Abg. Marcard unter Zustimmung der Regierung gestrichen.

§ 47 wird genehmigt.

Im § 48 wird auf Antrag des Abg. von Liebermann eingeschaltet: „oder wenn die Klage gegen Beschlüsse des Landraths gerichtet ist."

Ohne Debatte genehmigt das Haus die §§ 49—95, bei § 96 genehmigt das Haus auf Antrag des Abg. v. Liebermann eine redaktionelle Aenderung, ebenso die §§ 97—100.

Bei § 101 nimmt das Wort Abg. von Heppe, um nochmals dagegen Einspruch zu erheben, daß in diesem Paragraphen dem Stadtausschusse ungeeignete Funktionen überwiesen würden, welches er vergeblich versucht habe durch seinen Antrag in zweiter Lesung abzuwenden. Der Redner hebt ausdrücklich hervor, daß nur sachliche, niemals aber persönliche Motive ihn leiteten. Doch müsse er entschieden Widerspruch dagegen erheben, als ob seine amtliche Stellung ihn jemals abhalten würde, in diesem Hause voll und ganz für seine Ueberzeugung einzutreten. Bereits im vorigen Jahre sei im Hause zur Sprache gekommen, ob es möglich sein würde, für Berlin die von § 100 berührten gewerblichen Anlagen hinsichtlich der Konzessionirung dem Stadtausschuß zu unterstellen. Der Minister habe damals Erwägung der Frage zugesagt, diese Erwägung soll stattgefunden und zur Verneinung der Frage seitens der Regierung geführt haben; trotzdem habe die Kommission und das Haus in der zweiten Lesung anders beschlossen. Es handele sich hier nun in keinem Punkte um eine Erweiterung der Befugnisse des Polizeipräsidiums, im Gegentheil seien in verschiedenen Punkten diese Befugnisse durch die Regierungs-Vorlage eingeschränkt worden. Redner weist sodann nach, daß die Stadtbehörden und Organe sich vielfach als ungeeignet erwiesen hatten zur Wahrnehmung gewerbepolizeilicher Funktionen. Uebrigens würden die Stadtbehörden bei den wichtigen, aber seltenen Fällen ja stets zugezogen. Jedenfalls sei die Polizeibehörde stets geeigneter, wenn es sich um den Schutz der Anwohner gegen belästigende Fabriken handle, auf Grund der Reichsgewerbeordnung einzuschreiten, als die städtischen Behörden, da solche Fabriken, wenn sie einmal bestehen, nur verboten werden können gegen Entschädigungen, welche die Stadt zu tragen haben würde, dieser Umstand mache die Stadtbehörden ganz ungeeignet, in diesen Fragen zu entscheiden. Redner kann nur in letzter Stunde noch bitten, der eigentlich zuständigen Behörde die Konzessionirungsbefugniß nicht zu entziehen, um sie dem Stadtausschusse zu übertragen.

Abg. Zelle vertheidigt den Stadtausschuß und die gesammte städtische Verwaltung gegen die Vorwürfe, die in der neulichen Rede des Abg. von Heppe gegen dieselben gerichtet waren; besonders gegen den Vorwurf, daß man in Berlin nicht aufzubauen, sondern einzureißen bestrebt sei.

Abg. v. Heppe erklärt, daß letzterer Vorwurf sich nicht auf kommunale, sondern auf politische Angelegenheiten, insbesondere auf den Widerstand gegen das Innungswesen bezogen habe. Von den vielen Gründen, die früher und heute vorgebracht, habe der Abg. Zelle nur einen herausgegriffen, habe aber auch dabei den Hauptpunkt, die Ungleichartigkeit der Entscheidungen des Stadtausschusses weislich nicht berührt. Er (der Redner) habe nicht aus dem einen Falle, den er vorgetragen, argumentirt, sondern ausdrücklich denselben als Typus einer ganzen Reihe ähnlicher dargestellt und sei bereit, hunderte derselben vorzulegen. Was die vom Redner gethane Aeußerung, „welche Entschlüsse dabei maßgebend gewesen, ergeben die Akten nicht", anbelange, so beziehe sich dies auf das vom Abg. Zelle nicht berührte erste Urtheil des Stadtausschusses. Was den Vorwurf des Einreißens anlange, so sei es doch notorisch, daß die Stadt Berlin im Landtage und im Stadtverordneten-Kollegium fortschrittlich vertreten sei, daß der fortschrittliche Geist die städtischen Behörden erfülle, sei ebenso notorisch. Von der konservativen sei stets der Fortschrittspartei vorgehalten, daß sie nicht aufbaue, sondern destruktiv wirke, sie habe zwar stets dieser Behauptung widersprechen wollen, doch habe sie, die Fortschrittspartei, es niemals erreichen können, die Konservativen eines Besseren zu belehren. (Sehr gut.) Schon der für die zweite Lesung dieses Gesetzes eingebrachte Antrag Hänel zeige es wiederum ganz unzweifelhaft, daß die Fortschrittspartei nicht bereit sei, an neuen Institutionen des Staates mitzuwirken. Nach seiner Meinung habe sowohl der Fortschritt als auch die vom fortschrittlichen Geiste beherrschten städtischen Behörden von Berlin oft genug bewiesen, daß sie auch bereit sind, mitzuwirken beim Aufbau neuer Einrichtungen, während sie andererseits gern bereit sind, bestehende Einrichtungen einzureißen. (Beifall.)

Abg. Dirichlet sucht die Fortschrittspartei gegen den Vorwurf der destruktiven Tendenz zu rechtfertigen.

Die übrigen §§ werden ohne wesentliche Aenderungen angenommen und schließlich das ganze Gesetz genehmigt.

Das Haus nimmt darauf in dritter Lesung das Ergänzungsgesetz zu dem Gesetze vom 9. März 1872 über die den Medizinalbeamten zu gewährenden Vergütungen an, desgleichen nach unerheblicher Debatte in dritter Berathung das Schlachthausgesetz.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr.

Schluß $4^1/_4$ Uhr.

Provinzielles.

Stettin, 22. Januar. Die zum Freitag Abend nach dem großen Saale der Grünhofbrauerei „Bock" einberufene allgemeine Wählerversammlung war von gegen 3000 Personen besucht. Der Saal war bis in die äußersten Ecken der Gallerien dicht besetzt. Im Auftrage des Komitees, das zu dieser Versammlung eingeladen hatte, eröffnete Herr Oberbürgermeister Haken dieselbe und bat um Vorschläge von Namen für die Wahl des Vorsitzenden. Es werden die Namen Dr. Amelung, Graßmann und Haken genannt. Die beiden ersteren Herren sind aber in der Versammlung nicht anwesend und es wird daher Herr Oberbürgermeister Haken mit großer Majorität gewählt, der in Folge dessen den Vorsitz übernimmt und die Herren Dr. Scharlau, Kommerzienrath Karow, Kaufmann Rohleder und Justizrath Wendtlandt zu Beisitzern beruft. An Stelle des nicht anwesenden Herrn Wendtlandt wurde von Herrn Haken Herr Kaufmann Rosenow nachberufen. Hierauf ergriff Herr Kommerzienrath Schlutow das Wort zu seinem Rechenschaftsbericht, den wir morgen in voller Ausführlichkeit bringen werden. Der Redner wurde vom Publikum mit lebhaftem Beifall begrüßt und knüpfte an die Dankesworte für diesen freundlichen Empfang einige Bemerkungen über die Wahlzwistigkeiten von 1878, indem er es als Bedürfniß bezeichnete, sich über seine damalige Stellung zu seinen Wählern und seinen Gegnern hier des Näheren auszulassen. Nach seiner Wahl habe er gehofft, durch seine Vermittelung einen Ausgleich der hier herrschenden schroffen politischen Gegensätze herbeizuführen, seine Ansicht sei aber zumeist eine irrige gewesen, worunter er am schwersten gelitten habe. Die Zuversicht hege er aber, auch die letzten Zweifel bald glücklich beseitigen zu können. (Beifall.) Er habe eigentlich den Schluß der Legislaturperiode abwarten wollen, um dann seinen Wählern Rechenschaft abzulegen, doch könne derselbe möglicherweise in den Sommer fallen, wo viele seiner politischen Freunde nicht in Stettin seien. Er fühle aber das Bedürfniß, sich vor einer möglichst großen Zahl seiner Wähler auszusprechen, um mit ihnen gemeinsam über die Mittel und Wege zu berathen, ihre Ansicht wieder zur Geltung zu bringen. Hierauf zeichnet der Redner in skizzenhafter Form die Aufgaben des Reichstages und seine Stellung zu denselben. Wir haben es, so sprach er, mit dem Schutz gegen den äußeren Feind und mit dem Schutz des Staatskörpers gegen den inneren Feind zu thun. Er motivirt die Nothwendigkeit der Truppenvermehrung und wendet sich dem Sozialistengesetz zu, von ihm erklärend, daß, so lange in Deutschland ein Ausnahmezustand existire, auch die Ausnahmegesetze nöthig seien. Einige Seitenhiebe bei dieser Gelegenheit auf die Antisemitenliga und ihr, wie der Redner sagt, die Achtung Deutschlands im Auslande untergrabendes Treiben werden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Den Wucher bezeichnet Herr Schlutow als ein altes Uebel, dem das Wuchergesetz nur äußerlich, d. h. vor der Oeffentlichkeit, Abbruch thun könne. Man solle nicht Wucher und hohe Zinsen für identisch erklären. Zu seiner Freude seien die Gefahren, die auch er für den Kleinverkehr aus dem Einfluß des Wuchergesetzes befürchtet habe, nicht eingetroffen. Als Hauptaufgaben der nächsten Session bezeichnet Redner die Finanz- und Steuerreform. Es handle sich um neue Einnahmequellen für die zu erwartenden Mehrbedürfnisse des Reichs. Die Zollpolitik sei seit 1818 in Preußen und im späteren Zollverein eine gemäßigte schutzzöllnerische gewesen, erst mit dem System der Handelsverträge unter der Aera Bismarck-Delbrück habe man dem Handel mehr freihändlerische Bahnen eröffnet. Dadurch habe sich auf jeden Fall unsere Industrie sehr gehoben. Heute sei die Lage eine andere. Bismarcks Ideal, dem Staate durch indirekte Steuern Vortheile zu bringen und durch dieselben, wie in England, wo dieselben 60 pCt. der Gesammt-Einnahmen ausmachen, bedeutende Staatseinkünfte zu erzielen, sei Anfangs bei gemäßigter Anwendung von allen Parteien gebilligt worden, doch als dasselbe bis zu einer vollständigen Revision des Zolltarifs im extrem schutzzöllnerischen Geiste erweitert worden, hätte die freihändlerische Partei dagegen Front machen müssen. Ob die liberale Partei und die Freihändler deshalb Reichsfeinde genannt zu werden verdienen, weil sie gegen diese Zölle Front machten, müsse man der Beurtheilung einer späteren Zeit überlassen, der Vorwurf, daß auch der Freihandel nichts als Sonderinteresse sei, treffe nicht zu. Bei der Frage des Steuererlasses warnt der Redner, sich nicht allzu sanguinischen Hoffnungen hinzugeben, hier Pessimist zu sein, sei entschieden das Beste, denn das in die linke preußische Tasche zu stecken, was man aus der rechten deutschen Tasche nehme, sei ein Voltigeur-Kunststück, bei dem leicht etwas mißglücken könne, abgesehen davon, daß unterwegs ein Verlust leicht eintrete. (Bravo.) Redner erläutert darauf die Entstehungs-Geschichte der Sezession. Sein Austritt aus der nationalliberalen Fraktion sei hier vollständig gebilligt und dessen Gründe wohl verstanden worden, es habe ihn mit Genugthuung und Freude erfüllt, auch in der hiesigen Gesammtpresse seinen Schritt gebilligt zu sehen. Der Redner schließt seinen interessanten, klaren und vom Publikum wiederholt mit lautestem Beifall unterbrochenen Bericht mit den Worten: „Bei aller Achtung, die wir Bismarck zollen, dürfen wir nicht vergessen, daß wir ihn nicht besser ehren können, als durch den Muth der freien Ueberzeugung (Bravo) und daß es nur recht und segensreich sein kann, wenn wir unsere gewissenhafte Ueberzeugung vertheidigen. (Lang andauernder lebhafter Beifall.)

Hierauf verliest der Vorsitzende einen Antrag, den Herr Dr. Dohrn eingebracht und der, wie wir hier gleich vorweg bemerken wollen, mit großer Majorität Annahme findet. Derselbe lautet: „Die heute versammelten Wähler Stettins erklären ihr Einverständniß mit dem Verhalten des Abgeordneten Schlutow im Reichstage. Sie erklären insbesondere seinen Austritt aus der nationalliberalen Fraktion und sein Zusammengehen mit den Sezessionisten für korrekt und den Anschauungen des hiesigen Wahlkörpers entsprechend."

Der Antragsteller erhält zur Begründung der eingebrachten Resolution das Wort und spricht ungefähr Folgendes: Er sei im Jahre 1878 ein Gegner der Schlutow'schen Kandidatur gewesen, weil dieser sich dem damaligen liberalen Wahlverein gegenüber nicht über seine politische Stellung habe aussprechen wollen, sondern nur in einem an die Gegenpartei gerichteten Schreiben dieselbe angedeutet habe. Herrn Schlutow sei damals von dieser Gegenpartei der Eintritt in den Reichstag sehr leicht gemacht. Umsomehr aber freue es ihn, daß Herr Schlutow seitdem mit einem solchen Ernste sich dieser seiner Stellung gewidmet und dieselbe in einer Weise vertreten habe, daß er sich sachlich mit ihm nur in Uebereinstimmung wissen könne. Um dieser sachlichen Uebereinstimmung willen scheine es ihm denn nun aber auch angezeigt, alle etwaigen persönlichen Differenzen und Verstimmungen, die bei der vorigen Wahl eine gewisse Rolle gespielt hätten, bei Seite zu setzen und nur die Sache selbst im Auge zu behalten. Kurz, Redner, der früher zu den heftigsten Gegnern der Schlutow'schen Kandidatur gehörte, tritt einen zwar wohl verklausulirten, aber doch vollständigen Rückzug an. Freilich hätte sich der Redner alles Das, was er von der Außerachtlassung aller etwaigen persönlichen Differenzen und Verstimmungen sprach, nicht erst jetzt, sondern schon vor drei Jahren sagen können; er würde dann auch damals vielleicht nicht nöthig gehabt haben, zu den Gegnern Schlutow's und den bei der Wahl Unterlegenen sich zählen zu müssen; allein einem sich zurückziehenden Gegner soll man goldene Brücken bauen und so übernahm weder in der Versammlung Jemand eine Antwort, noch auch wollen wir seine Aeußerungen hier einer weiteren Kritik unterziehen. Die Versammlung selbst nahm theils schweigend, theils zustimmend diese Erklärungen des Herrn Dr. Dohrn entgegen.

Der Abend wäre daher ohne jeden Mißklang verlaufen, wenn nicht zum Schlusse noch Herr Reimarus das Wort erhalten hätte. Herr Reimarus gehörte als Einsasse von Grabow resp. des Kreises Randow eigentlich überhaupt gar nicht in die Versammlung, da ausdrücklich nur die Wähler des Herrn Stadtrath Schlutow, also die Wähler Stettins, zu der Versammlung geladen waren. Es war daher jedenfalls nicht ganz korrekt, daß ihm von dem Vorsitzenden, ohne jede vorherige Anfrage bei der Versammlung, sofort das Wort gegeben wurde. Der Fehler sollte sich denn auch sofort rächen. Herr Reimarus hatte entschieden seinen Unglückstag. Seine Rede war auf das Weitschweifigste angelegt. Nach einer langen Ausholung fing er, auf die Sache eingehend, endlich an: „Im Jahre 1807" — (Große Unruhe. Eine Stimme ruft: Adam und Eva! Heiterkeit.) Redner entschuldigt sich, so weit ausholen zu müssen und bittet nur um ein paar Worte. Die „paar Worte" dehnen sich aber wieder in das Unendliche, so daß die Versammlung sehr ungeduldig wird, und lebhafte Unterbrechungen und Schlußrufe von allen Seiten ertönen. Der Vorsitzende kann nur mit Mühe dieselben beschwichtigen. So weit Redner überhaupt bei der Unruhe verständlich, will er über die Nothwendigkeit des Austrittes der Sezessionisten und Freihändler aus der nationalliberalen Partei reden. Er wirft daher einen geschichtlichen, leider nicht immer glücklichen Rückblick auf die Geschichte der Freihandelspartei, die er, wie man zu sagen pflegt, aus allen Tonarten preist. Hierbei passirt es ihm, da er auch die Wirkung des Freihandels auf Stettin, es als besonderes Verdienst der freihändlerischen Partei preist, „daß hier der

Arbeiter einst sieben Thaler den Tag verdient, Champagner getrunken und mit Droschken gefahren habe.“ (Große Unruhe. Allseitiger Widerspruch! Ruf: Wir trinken nur Wieck'schen Korn! Heiterkeit.) In dieser Stylart geht es etwa mit fortwährenden Unterbrechungen weiter; neu war uns nur, daß Herr Reimarus in wohl nicht allzu großer — Bescheidenheit sich „als gewissermaßen Mitbegründer der Sezessionisten-Partei“ betrachtet. Schließlich fängt Redner gar an, vorzulesen. Hier mehren sich aber die Schlußrufe in so bedenklicher Weise, daß Redner schließlich mit den Worten abbricht: Nun, ich kann wohl annehmen, daß Sie so schon wissen, was ich sagen will! (Heiterkeit und ironischer Beifall.) Wir wollen nur hoffen, daß Herr Schlutow nicht noch unter diesen Reimarus'schen Ungeschicklichkeiten zu leiden hat. Die ungehörige Aeußerung, daß hier der Arbeiter sieben Thaler verdient, Champagner getrunken u. s. w., hatte offenbar unter vielen der ziemlich zahlreich anwesenden Arbeiter einige Erregung hervorgerufen. Indessen halten wir dieselben doch zu verständig, als daß sie nicht zwischen Herrn Schlutow und Herrn Reimarus zu unterscheiden wüßten. Im Uebrigen war die Rede des Herrn Reimarus allerdings nur eine vortreffliche Illustration des bekannten si tacuisses philosophus mansisses.

Nach diesem Zwischenfall meldet sich auf die Anfrage des Vorsitzenden, ob noch Jemand das Wort zu ergreifen wünsche, nur noch ein Beamter der Germania, Herr Hindrischedt, um Herrn Schlutow zu interpelliren, wie er sich 1) zu dem projektirten Steuererlaß und 2) zu dem Tabaksmonopol stelle. Der Fragesteller muß ohne Zweifel von der ganzen Rede des Herrn Schlutow wenig verstanden haben, da gerade diese beiden Punkte in derselben ziemlich deutlich und ausführlich behandelt waren. Herr Schlutow konnte daher den Interpellanten und die Versammlung durch einige diesbezügliche Erklärungen leicht zufrieden stellen, worauf Herr Oberbürgermeister Haken gegen 9¾ Uhr die Versammlung schloß.

— In einem Wechsel war der Zahlungstag durchstrichen und, wie der Augenschein ergab, ein anderer Zahlungstag als der ursprünglich gemeinte an dessen Stelle gesetzt worden. Der aus diesem Wechsel in Anspruch genommene Aussteller behauptete, das Schriftstück habe infolge der Abänderung des Zahlungstages die Wechselkraft verloren, so daß er aus dem Papier nicht mehr wechselmäßig verpflichtet sei. Der Wechselinhaber schob dem Verklagten darauf über die Thatsache, daß die Abänderung des Zahlungstages mit seiner Bewilligung geschehen sei, den Eid zu und ist, nachdem letzterer diesen Eid geleistet hatte, mit seiner Klage unter folgender Begründung abgewiesen worden: Jede Veränderung, Rasur, Durchstreichung in einem wesentlichen Stücke einer Wechselurkunde zerstört einen Bestandtheil derselben, sei es den Bestandtheil einer noch nicht vollzogenen, sei es den einer durch Unterschrift bereits abgeschlossenen. Wer eine zwar korrigirte, aber trotz der Korrektur den Anforderungen des Gesetzes an sich genügende Wechselurkunde acceptirt oder ausstellt, hat die Wechselverpflichtung so gewollt, wie sie sich durch die Korrektur darstellt. Weder das Wechselrecht noch die allgemeinen Regeln über den Urkundenbeweis schützen ihn gegen Erfüllung der so übernommenen Verpflichtung. Ebenso liegt die Sache, wenn die Korrektur zwar nicht schon bei der Unterzeichnung bestand, aber später mit der Einwilligung des aus seiner Unterschrift Belangten bewirkt ist. Auch in diesem Falle entspricht die Veränderung in dem durch seine Unterschrift enthaltenden Dokument seinem Willen. Aber die Urkunde mit erkennbarer Korrektur in einem wesentlichen Stück ist verdächtig. Sie begründet zwar nicht die Voraussetzung der Fälschung, aber den Zweifel, ob der jetzt lesbare Inhalt der ursprüngliche, zur Zeit der Vollziehung oder Annahme vorhanden gewesen ist. Deshalb beweist die Urkunde nicht vollständig, was durch sie bewiesen werden soll, die geltend gemachte, anscheinend durch sie begründete Wechselverbindlichkeit. Daraus folgt, daß die Korrektur ungeachtet der Anerkennung der Unterschrift dem klagenden Inhaber den Beweis ihrer Unverfänglichkeit, — ihrer Verpflichtungskraft, — auflegt, und daß, wenn ihm dieser Beweis nicht gelingt, der Wechselanspruch selbst als unerweislich verloren geht.

(Ger.-Ztg.

— (Vom Wetter.) Die gestern erwähnte Depression ist, gefolgt von unruhiger Witterung, ostwärts bis in die Gegend von Berlin fortgeschritten, an der westdeutschen Küste bis Rügen vielfach stürmische nordöstliche, am Nordfuße der Alpen stürmische westliche Winde, über West- und Nord-Central-Europa ausgedehnte und andauernde Schneefälle verursachend. Während an der deutschen Küste unter dem Einflusse der Ostwinde die Temperatur wenig verändert ist, ist es im Binnenlande, insbesondere im Süden, bei lebhafter westlicher Luftströmung, meist beträchtlich wärmer geworden, in Süddeutschland sogar stellenweise Tauwetter eingetreten, jedoch ist bei weiterem Fortschreiten des Minimums wieder Abkühlung wahrscheinlich. In Rußland dauert die strenge Kälte fort.

— In der Nacht vom 20./21 d. M. brach in einem auf dem Hofe des Grundstücks gr. Wollweberstraße Nr. 20 21 belegenen Pferdestalle auf bisher unermittelte Weise Feuer aus, durch welches die innere Stallthür, die Bekleidung und ein Kummtgeschirr mehr oder weniger beschädigt wurde und ein Schaden von ca. 75 M. entstand. Ein Pferd im Werthe von 750 M., welches im Stalle stand, hat durch den Rauch leider derartig gelitten, daß es jetzt an Lungenentzündung leidet und wohl verenden wird.

Landwirthschaftliches.

7. Mastvieh-Ausstellung.
Berlin 1881.

Am 9. Dezember fand im Klub der Landwirthe — Berlin unter Vorsitz des Herrn Kammerherrn von Behr-Schmoldow die zweite Sitzung des Komitees für die 7. Berliner Mastvieh-Ausstellung, welche für den 4. und 5. Mai cr. vorbereitet wird, statt. Als Kommissar des landwirthschaftlichen Ministeriums war Herr Geh. Reg.-Rath Dr. Thiel anwesend.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat die prächtigen Räumlichkeiten des neuen städtischen Central-Viehmarktes in entgegenkommendster Weise dem Komitee zur Verfügung gestellt und wird sich die Ausstellung auf dem bis dahin ganz fertig gestellten Platz jedenfalls noch vortheilhafter präsentiren, als es schon im vorigen Jahre in den provisorisch hergerichteten Hallen der Fall war. Die Mittel zur Gewährung der bisher üblich gewesenen Geldpreise stehen von Seiten des landwirthschaftlichen Ministeriums wiederum in Aussicht, weitere Ehrenpreise sind beantragt. Die Aussteller können somit einer sehr günstigen Aufstellung ihrer Thiere sicher sein, können sich der Hoffnung auf Erzielung ähnlicher Prämien wie in früheren Jahren, und damit einigen Ersatzes ihrer Mühen hingeben.

Von verschiedenen Seiten dem Komitee zugegangene Wünsche auf Abänderung einzelner Theile des Programms konnten eine sofortige Erledigung nicht finden und ist eine Kommission beauftragt worden, nachdem auch dieses Jahr noch seine Erfahrungen abgegeben haben wird, für die nächste Ausstellung bezügliche Vorschläge in Berathung zu ziehen. Die Kommission wird für jeden ihr darzubringenden Wunsch, Vorschlag und Rath sehr dankbar sein, und ersucht, solche bis zum Mai d. Js. an das Ausstellungs-Komitee gelangen zu lassen.

Für dieses Jahr hat das Komitee auf Antrag der Herren von dem Borne und von Bärensprung in Hinblick auf die mangelhaften Anmeldungen im letzten Jahr und die Schädigungen, die manchem Aussteller zu Theil geworden, in der Abtheilung für Schweine das Programm wiederum hergestellt, wie es sich in den ersten fünf Ausstellungen bewährt gehabt; die Thiere dieser Abtheilung werden somit hier nur dem Alter nach eingetheilt.

Die wichtige Frage der Wahl der Preisrichter wurde auf das Eingehendste behandelt und sind wie in den früheren Jahren, so auch für 1881, aus jedem deutschen Landestheil, im Verhältniß der bisherigen Betheiligung der einzelnen Landestheile an der Ausstellung, die Herren Preisrichter gewählt. Die Herren haben sämmtlich ihr Erscheinen zugesagt und werden somit fungiren:

für Abtheilung A. (Nr. 1—4) die Herren: Bodenstein — Nedlitz bei Magdeburg, Provinz Sachsen. Brehmer, Gutspächter — Wehre bei Schladen, Prov. Hannover. Fleck, Oberamtmann — Kerkow bei Soldin, Provinz Brandenburg. Harrott, Schlächtermeister — Berlin. Pepper — Louisenhof bei Ludwigsort, Ostpreußen. Scharmer — Horstreihe bei Horst in Holstein. von Sydow — Bärfelde bei Neudamm, Prov. Brandenburg. Vetter — Berlin. Vielhaak, Hauptmann d. R. — Segelitz bei Neustadt a. d. Dosse, Prov. Brandenburg;

für die Abtheilung A. (Nr. 5—7) die Herren: Barchewitz — Gr.-Märzdorf bei Schweidnitz in Schlesien. Christiani — Kerstenbruch bei Neu-Lewin, Prov. Brandenburg. Gerlich — Bankau bei Warlubien, Prov. Westpreußen. Knust — Stendel bei Passow, Prov. Pommern. Koch, Emil, Schlächtermeister — Berlin. Neide — Seschwitz bei Koberwitz in Schlesien. Claus Olde — Hamburg, St. Pauli. Peters — Siedenbollentin in Pommern. Pfaff — Roitzsch bei Bitterfeld, Prov. Sachsen. Voigt, Schlächtermeister — Berlin. N. M. Witt — früher Bogdanowo — Charlottenburg;

für die Abtheilung B. (Nr. 8—11) die Herren: von Homeyer — Ranzin bei Züssow, Prov. Pommern. Klopfer — Schänitz bei Krögis, Königr. Sachsen. Meyer — Nieder-Brießnitz bei Sagan, Prov. Schlesien. Pöhn — Gr.-Borrek bei Rosenberg in Schlesien. Stolze — Markee bei Nauen, Prov. Brandenburg. L. Waldeyer, Gutspächter — Bökerhof bei Krakel in Westfalen;

für die Abtheilung C. (Nr. 12—14) die Herren: Bergmann, Schlächtermeister — Berlin. von Blücher — Jürgensdorf bei Stavenhagen in Meckl. C. Bohn — Hamburg, St. Pauli. von dem Borne — Berneuchen bei Wusterwitz N/M., Prov. Brandenburg. d'Heureuse — Schmetzdorf bei Bernau, Prov. Brandenburg. Naumann — Mikuscewo bei Wreschen, Prov. Posen. Sponholz — Berkenbrügge bei Soldin, Prov. Brandenburg.

Wie in den letzten Jahren, so wird auch dieses Mal eine Ausstellung landwirthschaftlicher Maschinen und von Geräthen für das Schlächtergewerk stattfinden und dürfte dieselbe bei der sich von Jahr zu Jahr steigernden Zahl der Besucher wohl der Beachtung der betreffenden Kreise werth sein. Dasselbe Lokal-Komitee, welches seither die Ausstellungen zu insceniren pflegte, wird auch in diesem Jahre wiederum fungiren.

Anmeldeformulare sind vom Bureau der Ausstellung, Klub der Landwirthe, Berlin NW., Dorotheenstraße 95 96, zu beziehen, und werden auf Verlangen frei versandt. Die Anmeldungen werden, spätestens bis zum 1. April, daselbst entgegengenommen.

Noodt.

Vermischtes.

— (Eine heitere Enttäuschung.) Wie in allen Familien, hauptsächlich bei den Kindern, die „Tanten“, die immer etwas „mitbringen“; die Hauptrolle spielen, so auch in einer in Berlin wohnenden begüterten Familie. Dem in seltener Einigkeit lebenden Familienkreise gehört auch eine Tochter Namens Ottilie an, die verheirathet ist und ihres heiteren, liebenswürdigen Temperaments wegen stets gern gesehen wird. „Tante Ottilie“ ist das belebende Element in der Verwandtschaft und immer zu lustigen Streichen aufgelegt; neulich ist ihr aber etwas passirt, was beinahe auf Augenblicke ihren Humor vernichtet hätte. „Tante Ottilie“ genießt nämlich ihres etwas keck nach oben in die Luft ragenden Näschens halber seitens der Brüder und Schwestern des Beinamens „Knopfnäschen“, und gutmüthig, wie sie ist, kompensirt sie diesen Scherz nur gelegentlich durch einen harmlosen Seitenhieb. Am Sonntag besuchte sie in Begleitung ihres Gatten ihren verheiratheten Bruder, dessen Haus an diesen Tagen der Sammelpunkt der Familienmitglieder ist. Sie fand Alles in komisch-freudiger Aufregung und die schalkhaft lächelnde Schwägerin theilte ihr die Ursache derselben mit. „Denke Dir, liebe Ottilie, unser kaum 11 Monate altes Trudchen hat heute zum ersten Male Deinen Namen ganz tadellos ausgesprochen!“ Tante Ottilie vergaß vor frohem Schreck Hut und Mantel abzulegen, eilte zur Wiege des kleinen, ihr entgegenzappelnden Babys und kniete hier nieder. Sie beugte ihr Gesicht bis dicht an das rosige Antlitz des Kindes nieder und flüsterte erwartungsvoll: „Nun, bitte, bitte, liebes Trudchen, sag', wie heiße ich?!“ Das Kind streckte ihr die Aermchen entgegen, öffnete die Lippen und hinter den Elfenbeinzähnchen hervor lallte es: „Tante Tnoppnäschen!“

— Seit das „Zeitalter des Dampfes“ begonnen hat, ist es eine der Hauptaufgaben, welche sich erfinderische Köpfe stellten, gewesen, eine Steuerung der Dampfmaschine herzustellen, welche den Dampfverbrauch dem augenblicklichen Kraftbedarf anpaßt, ohne dem Maschinenwärter besondere Aufmerksamkeit zuzumuthen. Dies Problem hat der Wiener Ingenieur Alfred Collmann gelöst und seine Ventilsteuerung, welche in den meisten europäischen Staaten patentirt ist, ist an zahlreichen Maschinen angebracht und hat sich als durchaus praktisch bewährt. Seine Erfindung hat ihm auf der Pariser Weltausstellung 1878 die goldene Medaille und für seine Verdienste als Erfinder das Kreuz der Ehrenlegion, sowie seitens des österreichischen Staates das goldene Verdienstkreuz mit der Krone eingebracht, — aber auch ihm ist das gewöhnliche Schicksal der Erfinder ursprünglich nicht erspart geblieben. Der jetzt 33jährige Mann hatte seit Vollendung seiner Studien mit unermüdlichem Fleiße sich die Lösung jenes Problems zur Aufgabe gesetzt. Weder die ersten Mißerfolge, noch das Abrathen seines ältesten Bruders konnten ihn dauernd von der selbstgestellten Aufgabe zurückschrecken und 1875 hatte er die Lösung gefunden. In dem Bewußtsein, eine in der Geschichte der Dampfmaschinen epochemachende Erfindung gemacht zu haben, schickte er etwa 400 Ingenieuren in den verschiedenen Ländern Europas ein Schreiben zu, in dem er von seiner Erfindung Kenntniß gab. Von Woche zu Woche wartete er auf Anerkennung seitens der Fachmänner, auf Offerten wegen Verwendung der wichtigen Erfindung. Wahrscheinlich waren die meisten Zuschriften des Erfinders ohne Weiteres in den Papierkorb gewandert. Nach langem Harren erhielt er endlich eine Antwort, — sie war vom Ingenieur Behnisch in Görlitz, dem Direktor der Görlitzer Maschinenbau-Anstalt, dem denn auch von dem Erfinder die Verwerthung seiner Erfindung in dem nördlichen und östlichen Europa übertragen wurde. Die allgemeine Anerkennung wurde Collmann erst zu Theil, als die Jury der Pariser Ausstellung auf die Bedeutung der Collmann'schen Ventilsteuerung hinwies. Der Vorgang beweist, daß auch im Zeitalter des Dampfes die Schwierigkeiten für Erfinder nicht geringer als früher geworden sind. Wie leicht konnte auch die vierhundertste Zuschrift unbeachtet in den Papierkorb wandern, wie die 399 anderen!

— (Ein Faschingsstücklein eines Fiakers.) Der berühmte Sportsman Graf Moritz Sandor hat vorgestern Nachts in dem Pester Fiakerkutscher Nr. 196 einen talentvollen Nachahmer gefunden. Was Graf Sandor mit seinem dressirten Reitpferde „Tatar“ ausgeführt, machte ihm, wie das „N. Pester Journal“ erzählt, der besagte Fiaker mit seinem einfachen Wagenpferde nach. Nach dem vorgestrigen Maskenball fuhren vier lustige Herren mit dem erwähnten Fiaker in ein elegantes Tanzlokal an der unteren Donauzeile in Pest und da die Herren gut aufgelegt waren, gestatteten sie dem fidelen Rosselenker, daß auch er an dem Tanzvergnügen theilnehmen könnte, aber „nur zu Pferde“, lautete der Ausspruch. Dem „196er“ machte diese unausführbar scheinende Bedingung nicht die geringste Schwierigkeit. Er spannte den „Sattligen“ von der Deichsel weg und ritt zur Verblüffung der Zuschauer die steilen und engen Treppen hinan in das erste Stockwerk, wo eben nach der lieblichen Weise des Boccaccio-Walzers getanzt wurde. Den Schrecken, den die im Uebrigen an Absonderlichkeiten gewohnten Damen erlitten, als Roß und Mann in den Saal sprengte, läßt sich kaum schildern. Wie wenn der jüngste Tag angebrochen wäre, schrien Alle, während der Fiaker siegesstolz um sich blickte, und da dem Klavierspieler vor purer Erstarrung die Finger lahm wurden, unternahm es einer der Herren Gäste, auf Wunsch des Fiakers, einen Csardas zu spielen. Nach einem halbstündigen Aufenthalte wurde der Rückzug angetreten, was bei Weitem schwieriger war, als der „Aufstieg“, aber immerhin anstandslos vor sich ging. Zur Ehre des wackeren Pferdes sei es erwähnt, daß es sich ganz „salonmäßig“ betrug. In Fiakerkreisen bildete das Kunststück den ausschließlichen Gesprächsstoff und da einmal der Anfang gemacht ist, dürfte es auch an Nachahmern nicht fehlen, so daß wir mit der Entwickelung dieser „Gangart“ es noch erreichen können, daß man dem Fiaker beim Einsteigen nicht nur Gasse und Hausnummer, sondern auch gleich Stock und Thürnummer angeben wird.

— (Weltpostverein.) Zum 1. Juli d. J. werden die Vereinigten Staaten von Kolumbien dem Weltpostverein beitreten. Dieser Anschluß hat in Folge besonderer Schwierigkeiten, welche in der Transitfrage bezüglich des wichtigen Verkehrs über die Landenge von Panama begründet waren, längere Verhandlungen erfordert. Im Weiteren ist der Beitritt Chiles auf den 1. April d. J. festgesetzt; auch sind verschiedene britische Kolonien im Weltmeere zur Aufnahme bereits angemeldet. Der Verein wird alsdann ein Gebiet von rund 81,550,000 Quadratkilometern mit etwa 783 Millionen Bewohnern umfassen. Außerhalb des Vereins befinden sich jetzt nur noch Bolivien, Paraguay, einige minder bedeutende Republiken Central-Amerika's, das Kapland und die australischen Kolonien. — „Nichts hat meiner Ansicht nach“ — sagt der General-Postmeister der Vereinigten Staaten in seinem letzten Jahresbericht, welchem wir diese Notizen entnehmen — „so sehr zu einem Zustande des allgemeinen Friedens und der Eintracht, oder zur Beförderung der Zivilisation und zur Verbreitung der Wahrheit und des Rechtsbewußtseins beigetragen, wie der Weltpostverein; es ist ein großer Schritt vorwärts auf dem weiten Wege menschlichen Fortschritts.“ Und er läßt diesen Worten alsbald die That folgen, indem er einen Gesetzentwurf zur Einführung der Packet-Post in den Vereinigten Staaten in Aussicht stellt, damit denselben der Beitritt zu dem vor Kurzem in Paris abgeschlossenen internationalen Vertrage über die Einführung des Packet-Postdienstes in den Weltpostverein ermöglicht werde.

— (Neues Mittel gegen Zahnschmerz.) Dr. Spörer hat gegen Zahnschmerzen das folgende Mittel erprobt. Man nimmt 4—5 Körnchen (ca. 5 Centigramm) Chloralhydrat, wickelt diese in ein kleines Pfröpfchen Watte (nur um die Körnchen beisammen zu halten), legt diesen Tampon mit seinem Inhalte in die Höhlung des kariösen Zahnes und läßt ihn da liegen, bis das Chloralhydrat aufgelöst ist, wobei man den sich ansammelnden Speichel ausspeit. Bei kariösen Zähnen des Oberkiefers läßt der Genannte den Tampon so lange mit der Fingerspitze in der Zahnhöhle festhalten, bis das Chloralhydrat aufgelöst ist, wobei dann auch jedesmal, nach wenigen Minuten, der heftige Zahnschmerz komplett geschwunden war. Verfasser hat dieses Verfahren seit 4 Jahren erprobt.

Viehmarkt.

Berlin, 21 Januar. (Bericht der landwirthschaftlichen Bank in Berlin.) Es standen zum Verkauf: 488 Rinder, 1599 Schweine, 621 Kälber, 650 Hammel.

Das Geschäft in Rindvieh, Schweinen und Hammeln war heute ein kaum nennenswerthes, da die Schlächter sich am Montag überreichlich versehen hatten und der letzte Fleischmarkt ein durchaus schlechter war.

In Rindvieh und Hammeln waren nur Ueberstände am Markt und blieben hier die Preise vom Montag maßgebend.

Dagegen waren bei den Schweinen 900 Stück — meist Russen — frisch aufgetrieben, in Folge dessen die Preise um 1—2 Mark zurückgingen.

Das Kälbergeschäft war ein ganz schleppendes und wurde für beste Waare 60, für weniger gute 45—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht bezahlt.

Telegraphische Depeschen.

Kiel, 21. Januar. Die Posten aus Dänemark, Norwegen, Schweden und Nordschleswig sind auch heute ausgeblieben. Die Eisenbahnstrecke Plön-Preetz ist unfahrbar.

Rom, 20. Januar. In hiesigen maßgebenden Kreisen nimmt man an, das Ministerium könne unmöglich zugeben, daß — wie auswärtige Blätter melden — Garibaldi auf dem hier abzuhaltenden demokratischen Meeting als Vertreter der Irredentisten in Triest auftrete.

London, 21. Januar. Eine bei Lloyds eingegangene Depesche meldet nach einem Privattelegramm die Uebergabe von Callao an die Chilenen nach vorher stattgehabtem heftigen Kampfe.

London, 21. Januar. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus“ aus Buenos-Ayres ging der Einnahme von Lima ein Angriff der chilenischen Armee auf die peruanischen Truppen bei Miraflores voran, die Peruaner wurden hierbei vollständig in die Flucht geschlagen, der Präsident Pieroli rettete sich durch die Flucht, sein Bruder und der peruanische Kriegsminister wurden gefangen genommen. Die Zahl der an der Schlacht von Miraflores betheiligten peruanischen Truppen betrug, obschon dieselben in der Schlacht von Chorillos bereits 700 Todte und 2000 Gefangene verloren haben sollen, noch 25,000 Mann. Die Chilenen erlitten an Todten und Verwundeten ebenso große Verluste. Lima wurde darauf ohne ein neues Gefecht am 17. Januar von den Chilenen besetzt. Das diplomatische Korps in Lima bemüht sich um den Abschluß eines Waffenstillstandes und verlangt, daß die Person des Präsidenten Pierola respektirt werde.

Tiflis, 21. Januar. General Tergukassoff ist gestern gestorben.